

Weltliche Zeitung

10 Pfennig

Gegegründet



1704

Mit

Kurszettel

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Belagen, Erziehungswesen usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt.

Verlag Ullstein'sche Verlagsbuchhandlung, Georg-Brosch-Verlag, Postfach 100, Berlin SW 68, Unter den Eichen 15. Druckerei: Ullstein'sche Verlagsbuchhandlung, Postfach 100, Berlin SW 68.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Köpenicker Straße 22-26

Verlagspreis: Berliner Zeitung, 1926, 10 Pfennig. Ausland: 15 Pfennig. Postzuschlag: 2 Pfennig. Abonnement: 12 Monate, 120 Pfennig. Einzelhefte: 10 Pfennig.

Appell des Saargebietes

Für baldige Rückgabe

Drachmeldung

Carlsbad, 22. November (W. L. B.)

Der Beginn der heutigen ersten Sitzung der vierten Sitzungsperiode des Senatsrat in Amman des Senatsrat, der Sozialdemokraten und der Deutschen Sozialistischen Volkspartei Abgeordneter in Dösch (Centrum) folgende Erklärung ab:

„Das Saargebiet besitzt auf das aufrichtigste die Annäherung an die deutschen Vaterlande und Frankreich. Es ist davon überzeugt, daß die Befreiung Europas und die Zukunft der beiden großen Länder davon abhängt, daß die Grenzgebiete zwischen ihnen endlich befreit werden. Einer der vornehmlichsten ist die Frage des Saargebietes. Der Senatsrat als die gewählte Vertretung des Saarlandes hält es in dieser Lage für seine Pflicht, dem einmütigen Wunsch der Bevölkerung freies Ausdrück zu geben, daß das Saargebiet in freier Entscheidung zwischen Deutschland und Frankreich möglichst bald dem übrigen Deutschland zurückgegeben werde.“

Darauf trat das Forum in die Tagesordnung ein.

Die Luxemburger Resolution

Schicksalsbestimmend der „Weltlichen Zeitung“

1st Luxemburg, 22. November

Die sozialistische Weltanschauung in Luxemburg über die mit der 3. Seite dieser Zeitung, heute eine Resolution, in der es u. a. heißt: „Die weltliche und humanere weltanschauliche Annäherung, die für Befreiung des Friedens notwendig ist, schließt notwendig ein, das Ende der militärischen Befreiung des Saarlandes.“

Reichswehrpolitik auf eigene Faust

Im Mittelpunkt der politischen Erörterungen stehen heute Verfassungsklagen eines Sozialisten, die einige C. Hen der häufig erwähnten, bisher im Wortlaut noch nicht bekannten Reichswehrpolitik, welche der sozialistische der deutschen Reichswehr, abgesehen vom März 1926 dem Reichspräsidenten überreicht hat, und welche dieser an den Reichspräsidenten weiterreichte. Die jüngeren Stellen erwidern dem Einwand, daß zur Zeit der Reichswehr, im im Frühjahr dieses Jahres, von der Reichswehr oder einzelnen Stellen der Reichswehr in Verbindung mit Abgeordneten Maßnahmen getroffen waren, welche, ähnlich wie bei den Arbeitslosenkommissionen von 1923, auf eine politische Begründung wurden, in welchem man aber gerade in einem politischen Verstande die Reichswehrpolitik erwidern muß. Dem Montagblatt zufolge heißt es in der Reichswehr:

„Der Bund für Freiheit und Recht“, bis vor kurzem die Führung für gewisse Weltanschauungen der Reichswehr, verpflichtet seine Mitglieder zur aktiven militärischen Teilnahme. Die Ziele werden durch einen Eid verbunden, als Ehrenstruppe oder Subalternatzen zur Führung der französischen Gruppe tätig zu sein. Den Voten ist es selbst, wenn sie ihren Eid der Reichswehr auflösen können, und daß sie bei Überwindung mit militärischen Mitteln erzwungen werden. Es wird darauf hingewiesen, daß bereits viele Personen hinter verschlossenen Türen vom Bundesrat abgemeldet seien. Außerdem werden die Voten mit der 3. Seite verbunden.“

Wäre Reichswehrpräsident sind dem „Bund für Freiheit und Recht“ beigetreten. Es nehmen an, daß der Reichswehrpräsident diese Maßnahmen der Reichswehr nicht billigen konnte, sondern, was nicht der Fall war. Auf entsprechende Vorstellungen der Reichswehrleitung hat dem zuständigen Herrn des Reichswehrministeriums wurde von diesem erklärt, daß Anfragen über den „Bund für Freiheit und Recht“ Beträge der Reichswehr werden müssen.“

Die Reichswehrminister und Reichswehroffiziere gebildeten Organisationen, die ebenfalls „Bundestagungen“ leiteten, wie „Bundestagungen“ und „Bundestagungen“. Einer der Organisatoren berief sich darauf, daß der Reichswehrpräsident nunmehr geneigt sei, von Artikel 48 der Reichsverfassung abzuweichen zu lassen, es sei mit einer Erklärung zu tun. Der Reichswehrminister dieser Erklärung die Reichswehr nicht aus, es müßte daher nach dem Willen der Reichswehr neue Regeln für die Reichswehr aufstellen. Der Reichswehrminister wurde zum Beispiel zum Beispiel eingeladen.

Die Resolution erinnert an diesen Zusammenhang an die von den sozialistischen Parteien der beteiligten Länder bereits früher gefaßten Beschlüssen und bezieht es als eine wesentliche Aufgabe der sozialistischen Parteien, eine schnelle Befreiung der Rheinlands zurückzuführen zu gewährleisten. Es stellt ausdrücklich fest, daß die Auslieferung des Damesplains, Deutschlands Eintritt in den Völkerbund und das Inkrafttreten des Vertrages von Locarno die notwendigen Voraussetzungen dafür geschaffen hätten, und die den Regierungen nunmehr gestatte, eine schnelle Befreiung dieser Frage ins Auge zu fassen.

Wißt der sozialistischen Parteien sei es, die Befreiung zu beschleunigen und die Schwierigkeiten aller Art zu beseitigen, die sich ihr noch entgegenstellen könnten. Auf der anderen Seite war es vor jeder die Auffassung der sozialistischen Parteien gewesen,

Auswärtige Politik im Reichstage

Nach einer einwöchigen Pause hat die parlamentarische Kampagne morgen wieder ein und gleich mit einer sehr wichtigen Rede: Der über die auswärtige Politik. Die Beratung des Reichstages mit Reichsaussenminister Dr. Stresemann, der im morgigen um 3 Uhr beginnenden Sitzung zum Mittelpunkt, und die Fragen der auswärtigen Politik ausführlich zu behandeln.

Es ist lange her, daß der Reichsaussenminister Gelegenheit gehabt hat, vor dem Reichstage zu sprechen. Inzwischen hat sich das historische Ereignis des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund vollzogen, inzwischen sind die Vereinbarungen von Thoiry getroffen worden, die das Fundament eines politischen Generalabkommens zwischen Deutschland und Frankreich bilden sollen, in-

daß die Räumung mit einer befriedigenden Befreiung des Abtrünnigen- und Sicherheitsproblema praktisch verbunden werden müsse. Deutschland habe sich verpflichtet, abzugeben, „um die Einleitung einer allgemeinen Befreiungsbefreiung aller Nationen zu ermöglichen“. Die in Versailles vertretenen Regierungen sowie alle Regierungen, die dem Völkerbund beigetreten seien, hätten die feierliche Verpflichtung übernommen, diese Befreiungsbefreiungen zu gewährleisten. Die Arbeiterschaft aller Länder müsse die Erfüllung dieser Verpflichtungen mit aller Entschiedenheit fordern. Jede unangenehme Veränderung müsse die schlimmsten Folgen haben, und die Befreiung des Völkerbundes auf diesem Gebiet müsse zu einer Befreiung des Völkerbundes führen.

Von der Arbeiterschaft Deutschlands und Frankreichs müsse auf die Regierungen ein Druck ausgeübt werden, damit diese den nötigen guten Willen zeigen, um ihrerseits die letzten von Deutschland verprochenen Befreiungsbefreiungen durchzuführen und andererseits zu verhindern, daß durch schändliche Fortschritte die notwendige Befreiung der internationalen Militärkontrolle hinausgeschoben werde.

Die Dominante für die Rede des Reichsaussenministers am Dienstag ist gegeben. Man darf annehmen, daß der Reichsaussenminister, wenn er vom Völkerbund, Thoiry und Ende der internationalen Militärkontrolle Rede, sich nicht lediglich auf eine referentielle Darstellung, auf eine Auslassungsbestimmung mit den innerpolitischen Gegnern seiner und der Reichsregierung Politik beschränkt, sondern darüber hinaus auch Erklärungen abgeben wird, die an die Adresse des Reichspräsidenten in den außenpolitischen Verhandlungen gerichtet und das bestimmt sind, die im Gange befindliche Ausrede zwischen Deutschland und den Westmächten zu fördern, besonders soweit die Militärkontrolle in Betracht kommt.

Die Schwägerin liegt, wie schon bereits worden ist, nicht so sehr in dem Völkerbund und der militärischen Militärkommision, als den Verhandlungen der internationalen Militärkommision. Das deren Lage und Boden — nicht eine Woche — gesagt hat, wenn man, wenn auch nicht alle Differenzpunkte, vor allem nicht der über die Verbände, befindet sich. Die Schwägerin liegt in gegenseitigen Auffassungen über die Form des Übergangs der Kontrolle über die internationalen Militärkommision auf die Völkerbundkommission und den Umfang der Vollmachten dieser Kommission des Reichsverbandes. Erklärungen, die von der Deutschen Regierung durch ihre diplomatischen Vertreter in London, Paris und Brüssel vor einigen Tagen abgegeben worden sind, werden diese richtige Frage der Verhandlung vielleicht näher bringen, so daß, wenn sich die Außenminister am 6. Dezember in Gené zur Tagung des Völkerbundrates versammeln, die Grundzüge des Abkommens bereits vorliegen.

Der Debatte im Reichstage geht heute nachmittag eine Beratung des Auswärtigen Ausschusses voraus. Dieser Beratungslauf geht erweitert werden durch Erklärungen, die Reichsaussenminister Dr. Stresemann über die Beziehungen zwischen seinem Ministerium und der „Weltlichen Allgemeinen Zeitung“ abgegeben werden. Bisher ist von der Reichsregierung erklärt worden, daß über die militärischen Bestimmungen zwischen dem „B. F. Z.“ und dem Völkerbund des Völkerbundes Austausch gehen könne. Der Reichstag hat aber in allen Punkten gesehen, und bei dem Völkerbund, das die Militärischen über die gegenseitigen Aufwendungen von Reichswehren für die „B. F. Z.“ gemacht haben, konnte es nicht ausbleiben, daß die Reichsregierung ihren Auffassung gab. Es hat heute vormittag eine Konferenz zwischen dem Reichsaussenminister und dem Reichspräsidenten stattgefunden, bei der die Fortsetzung der im Zusammenhang mit dem Völkerbund geführten Verhandlungen über die Befreiung des Saarlandes, das in dem Völkerbund enthalten können, daß die „B. F. Z.“ im April dieses Jahres durch Reichswehren — Reichsaussenminister und Auswärtiges Amt — von der Reichsregierung, soweit sie Reichswehren hatte, angefaßt worden. Das, daß aber die Reichswehren Eigentum des preussischen Staates werden, wobei allerdings die notwendigen Befreiungen gefordert sind, in dieser Drucker die „B. F. Z.“ zum „Schicksalsbestimmend“ herausgeben. Die preussische Regierung als Reichswehren hat alle das Verlangen, ein Wort zum Selbstverständnis zu drucken, in dem sie dauernd angefaßt werden. Willst du die Auswärtige Politik und erfahren, in welchen Punkten die politische Lage ausbleiben, die die Reichswehren zur Deutung des Völker-